



Lothar Binding  
Mitglied des deutschen Bundestages

AUSGABE 03/2010  
SEPTEMBER 2010

**Inhalt dieser Ausgabe Seite**

Schwarz-gelb verabschiedet sich von Millenniumsentwicklungszielen 1

Neue Bundesinitiative zum einheitlichen Schutz vor Tabakrauch gestartet 2

Zur Person Heinz Lammer, Vorsitzender des AC Weinheim 3

Bericht vom Praktikum im Bürgerbüro 4

**Herausgeber**

Lothar Binding, MdB

**Redaktion**

Susanne Weber  
Dietmar Erdmeier  
Dr. Adalbert Knapp  
Marco Winteroll

**Berlin**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030 / 2 27-7 31 44  
Fax: 030 / 2 27-7 64 35  
lothar.binding@bundestag.de

**Heidelberg/Weinheim**

Bergheimer Straße 88  
69115 Heidelberg  
Tel.: 0 62 21 / 18 29 28  
Fax: 0 62 21 / 61 60 40  
lothar.binding@wk.bundestag.de



# NEUES . aus Berlin

**Liebe Bürgerinnen und Bürger,**

die parlamentarische Sommerpause ist zu Ende. Im Herbst stehen die Haushaltberatungen an, in der Finanzpolitik geht es u.a. um die Abwicklung von insolventen Banken, und im Schutz vor Tabakrauch wollen wir unsere interfraktionelle Initiative für eine bundeseinheitliche gesetzliche Regelungen voranbringen. In dieser Ausgabe stelle ich wieder einige Facetten meiner Arbeit vor.

Herzlichst Ihr

*Lothar Binding*

## Schwarz-gelb verabschiedet sich von Millenniumsentwicklungszielen

**Im September 2000 verabschiedeten die Regierungschefs und führenden Vertreter von 189 Ländern in New York die UN-Millenniumserklärung. Darin verpflichteten sie sich auf das Ziel, bis zum Jahr 2015 die Zahl der Armen im Vergleich zum Jahr 1990 zu halbieren. Zudem setzten sich die Unterzeichner 8 Ziele in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Umwelt und Entwicklungspartnerschaft.**



Slumgebiet, Bild: www.wikimedia.org

Im Jahr 2005 wurde festgestellt, dass insbesondere in Afrika die Ziele zu scheitern drohten. Daraufhin wurden die Staaten dazu aufgefordert, den Finanzierungsplan ernst zu nehmen. Seitdem gilt auch für Deutschland ein Stufenplan, nachdem im Jahr 2015 0,7 % der Wirtschaftsleistung für Entwicklungszusammenarbeit ausge-

geben werden sollen. Dieses Jahr sollten es bereits 0,51 Prozent sein. Tatsächlich waren es aber nur 0,4 % - obwohl die damalige große Koalition viel Geld für die Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung gestellt hat, der Anteil durch das sinkende Bruttoinlandprodukt 2009 automatisch gestiegen ist und neuerdings auch die



zusätzlichen Klimagelder bei dem Ziel mitgezählt werden.

Um die 0,7 % zu erreichen, müsste die Regierung ein klares Bekenntnis ablegen, dass sie hinter dem Ziel steht; und sie müsste die entsprechenden Haushaltsmittel bereitstellen. Stattdessen muss das Entwicklungshilfeministerium in den nächsten drei Jahren 160 Millionen Euro sparen. Hinzu kommt, dass sich die Regierung und die sie tragenden Koalition in dieser Frage nicht einig sind.

In seinem Entwurf zum Reformkonzept der Technischen Zusammenarbeit vom 11. Juni 2010 schreibt Entwicklungsminister Dirk Niebel: „Die Bundesregierung bekräftigt erneut ihr Ziel, 0,7 % des BNE bis zum Jahr 2015 für die EZ bereitzustellen“.

### **Internationale Vereinbarung wird nicht eingehalten**

In der TAZ vom 12./13. Juni 2010 wird der Stellvertretende Fraktionsvorsitzende der FDP und Haushälter Dr. Jürgen Koppelin mit den Worten zitiert: „Wenn die Leute die Wahrheit wissen sollen, dann müssen wir klar machen: Nein, das Ziel ist nicht erreichbar“. Am gleichen Tag machen zwei Vertreter der FDP zwei sich völlig widersprechende Aussagen. Mit diesen unterschiedlichen Positionen macht unsere Regierung international Politik. Auf diese Weise verspielt Deutschland sein hohes Ansehen in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit, denn damit wird einerseits die deutsche

Öffentlichkeit nicht ernst genommen, andererseits machen wir uns international lächerlich.

### **Altbekanntes Muster der Koalition**

Die Aussage, dass das 0,7 %-Ziel nicht zu erreichen ist, folgt einem altbekannten Muster der Koalition: gespart wird bei denen, die ohnehin nichts haben. Seien es Hartz IV-Empfänger oder Entwicklungsländer. Als Entschuldigung wird auf die Finanz- und Wirtschaftskrise verwiesen. Allen ist klar, dass gespart werden muss. Aber stärker als die Industrieländer sind die Entwicklungsländer von der Krise betroffen, an der sie völlig unschuldig sind. Die Zahl der Armen ist im letzten Jahr weltweit stark gestiegen. Von Deutschland dürft ihr keine Hilfe erwarten, das ist die Nachricht, die die Regierung an die Ärmsten der Armen sendet. Niedrige Steuern für Hotels, Erben großer Vermögen und Unternehmen sind ihm wichtiger. Hilfe für die Schwächsten darf aber nicht von der Kassenlage abhängig sein, denn es steht dem Prinzip eines solidarischen Miteinanders entgegen.

### **Vorschläge der SPD-Fraktion**

Wenn es keine Lösungen für diese Finanzierung gäbe, die schwarz-gelbe Regierung wäre zu verstehen. Aber die SPD-Fraktion hat schon für den vergangenen Haushalt konkrete Vorschläge gemacht, wie diese internationalen Versprechen eingehalten werden können. Natürlich durch die Korrekturen der Fehlentscheidung im „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“,

wie z. B. die Erleichterung der Gewinnverlagerung großer Konzerne ins Ausland (Funktionsverlagerung, Erleichterung Mantelkauf etc.), wie z.B. die Hotelsubvention. Weiterhin wäre es am Finanzplatz dringend nötig, den Aufbau exorbitanter Risiken im Markt wenigstens zu verlangsamen – durch eine Finanztransaktionssteuer – alles wird von der CDU/FDP/CSU Regierung und den Fraktionen abgelehnt. Kein Wunden wenn der Finanzplatz wieder „explodiert“ und die Einnahmen des Staates selbst für uralte Versprechen nicht ausreichen.

### **Deutschland steht unter Druck**

International steht Deutschland deshalb zunehmend unter Druck. In Ihrem Bericht vom Februar diesen Jahres weist die OECD darauf hin, dass 16 von 23 Ländern ihrer Verpflichtungen bei der Entwicklungshilfe, trotz der Finanzkrise einhalten – Deutschland ist nicht dabei. Der Vorsitzende des OECD-Entwicklungsausschusses, Eckhard Deutscher, kritisierte Deutschland scharf, weil es seine internationalen Verpflichtungen nicht erfüllt. Mitte Juni 2010 reagierte Dirk Niebel. Eckhard Deutscher muss die OECD zum Ende des Jahres vor Ablauf seiner Amtszeit verlassen. Seine Kritik an der Regierung gefiel dem Minister nicht. Damit verliert Deutschland einen international hoch angesehenen Fachmann für multilaterale Zusammenarbeit.

## **Neue Bundesinitiative zum einheitlichen Schutz vor Tabakrauch gestartet**

**Wie unbeliebt verwässerte gesetzliche Regelungen beim Schutz vor Tabakrauch sind, zeigt das Beispiel Bayern: Am 4. Juli 2010 kam es zum Volksentscheid, mit 61 Prozent der Stimmen votierten die Bürgerinnen und Bürger für den Gesetzentwurf der Initiative "Ja zum Nichtrauchererschutz".**

Bis dato durften Wirte von Gaststätten mit einer Fläche von bis zu 75 Quadratmetern das Rauchen erlauben, das Lokal musste lediglich als Rauchergaststätte gekennzeichnet sein. Ebenso durfte in Nebenräumen von größeren Restaurants und von Diskotheken und in Festzelten geraucht werden. Die schwarz-gelbe Staatsregierung hatte nach der Landtagswahl 2008 die Lockerung zugelassen.

### **Bis 2008 galt in Bayern das strengste Nichtraucherchutzgesetz bundesweit**

Denn zuvor galt bereits ein strenges Nichtraucherchutzgesetz, das wegen einer Gesetzeslücke in der Praxis unterlaufen wurde. Wirte hatten damals ihre Gaststätten zu Raucherklubs mit registrierten Mitgliedern erklärt. Dies rief Unmut in der Bevölkerung hervor, der sich im Ergebnis des Volksentscheides deutlich er-



Bild: [www.wikimedia.org](http://www.wikimedia.org)



kennen lässt. Der Freistaat hat dadurch wieder die Vorreiterrolle im Nichtraucherschutz für ganz Deutschland übernommen. Mit Blick auf die hunderttausende Euro teure Kampagne der Zigarettenindustrie bzw. des DEHOGA und der Einschaltung einer der profiliertesten Werbeagenturen wurde deutlich, dass sich selbst durch diese teure Werbekampagne nicht mehr Menschen für die Stimmabgabe im Sinne der Tabakindustrie verführen ließen. Deshalb akzeptieren wir auch dieses Ergebnis und arbeiten für eine bundesweit einheitliche Regelung.

### Interfraktioneller Parlamentarierkreis wurde ins Leben gerufen

Gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen habe ich den Parlamentarierkreis Ni(e)kotin gegründet, der sich durch den Beitritt von Abgeordneten auch aus anderen Bundestagsfraktionen stetig vergrößert. Das ist eine gute Entwicklung, denn unsere Initiative soll von möglichst vielen Schultern und parteunabhängig, getragen werden. Gemeinsam haben wir uns vorgenommen, im Herbst der Bundesregierung einen fraktionsübergreifend erarbeiteten

Gesetzentwurf für einen bundeseinheitlichen Nichtraucherschutz vorzulegen.

### Arbeitsschutz und Gesundheitsschutz ist Bundessache

Rechtliche Anknüpfungspunkte bieten der Gesundheitsschutz und auch der Arbeitsschutz. Wir arbeiten daran, in Europa den Anschluss an andere Länder wie beispielsweise Irland, Frankreich, Italien etc., die seit Jahren gute Erfahrungen mit ihren Gesetzen machen, herzustellen. Denn nach wie vor gibt es noch einiges zu tun. Durch die unterschiedlichen Regelungen in den Bundesländern über das Gaststättenrecht ist ein rechtlicher Flickenteppich entstanden. In vielen Bundesländern führt eine Vielzahl von Ausnahmen zu einem völlig unzureichenden Gesundheitsschutz. Insbesondere die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Gastronomie sind im Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz schlechter gestellt. Die Folge ist ein deutlich erhöhtes Krebsrisiko. Zudem sind viele Bürgerinnen und Bürger und auch die Gastwirte irritiert, weil die getroffenen politischen Entscheidungen nicht nach-

vollziehbar sind.

### Deutliche Mehrheit für konsequenten Nichtraucherschutz

Die Gesellschaft für Konsumforschung wies im Jahr 2009 nach, dass 73 Prozent der Befragten ein Rauchverbot in Gaststätten fordern. Ein konsequenter Nichtraucherschutz ohne Ausnahmen stößt also auf eine hohe Akzeptanz und sorgt zugleich für einen fairen Wettbewerb unter den Gastronomen. Denn es ist seit Jahren mit wissenschaftlichen Studien u.a. des Deutschen Krebsforschungszentrums, DKFZ, in Heidelberg belegt, dass jährlich mehr als 130.000 Menschen an den Folgen des Rauchens sterben. Mehr als 3.000 Todesfälle pro Jahr sind auf das Passivrauchen zurückzuführen. Anlass genug für uns, trotz der Erfolge der vergangenen Jahre beim Nichtraucherschutz, weiter für die Abwendung dieser unnötigen Gefahren zu kämpfen, denn das Rauchen ist das größte vermeidbare Gesundheitsrisiko unserer Zeit.

## Zur Person



**Heinz Lammer, geboren 1931 in der Alten Postgasse in Weinheim, absolvierte eine Lehre als Kachelofenbauer und entschied sich 1961 für die Selbständigkeit. Dem AC Weinheim trat er 1947 bei und beendete mit 20 Jahren seine aktive Laufbahn als Gewichtheber: „Da hat mich dann anderes mehr interessiert.“ Seit 1992 ist Heinz Lammer Vorsitzender des AC Weinheim, des größten Badischen Sportvereins mit derzeit 8600 Mitgliedern.**

Morgens 10 Uhr, im Foyer des AC-Sportparks herrscht reger Betrieb: Die einen sind schon wieder am Gehen, andere unterwegs zu Gymnastik oder ins Fitness-Studio. Heinz Lammer empfängt den Besucher in seinem Büro, der erste Vorsitzende des größten badischen Sportvereins ist, was die Bezahlung betrifft, ehrenamtlich tätig, nicht was seine Arbeitszeit betrifft.

**Dr. Adalbert Knapp:** Herr Lammer, Sie sind 1947 in den AC Weinheim eingetreten, hätten Sie sich damals vorstellen können,

jemals 1. Vorsitzender des Vereins zu werden?

**Heinz Lammer (lacht):** Natürlich nicht. Ich war 16 Jahre alt und hatte alles im Kopf, nur nicht Vereinsämter. Allerdings blieb ich über die Jahre nach meiner „aktiven“ Zeit dem Verein immer verbunden und Hermann Schütz bat mich -ages, für ihn die Rolle des Geschäftsführers zu spielen. Während der schweren Erkrankung von Hermann Schütz und nach seinem Tod im November 1991 stellte sich die Frage, wer seine Nachfolge antreten sollte. Nach langem Zögern sagte ich zu.

**A.K.:** Der Verein wollte im Jahr 1992

sein 100-jähriges Bestehen feiern?

**H.L.:** Der AC Weinheim war vorbildlich organisiert. Hermann Schütz hatte für das Jubiläum alles vorbereitet und so war für mich die Übernahme der Verantwortung nicht ganz so schwierig. Trotzdem war es nicht einfach, in solche Fußstapfen zu treten.

**A.K.:** Der AC hatte schon früh den Breiten- und Freizeitsport auf- und ausgebaut.

**H.L.:** Das war Mitte der 70er Jahre und unser Angebot einen unerwarteten Zuspruch. Als ich 1947 in den Verein eintrat, hatte er rund 300 Mitglieder; 1991 ca. zweiein-



fand einen unerwarteten Zuspruch. Als ich 1947 in den Verein eintrat, hatte er rund 300 Mitglieder; 1991 ca. zweieinhalb Tausend und heute sind es 8600 Menschen, die unser Angebot nutzen.

**A.K.:** Welchen Anteil hat dabei der Fitness- und Gymnastikbereich?

**H.L.:** Der liegt inzwischen bei fast Zwei Dritteln. Wobei wir selbstverständlich weiterhin ein Sportverein sind und ganz stolz darauf, dass z.B. unsere Gewichtheber in der Zweiten Bundesliga im vergangenen Jahr Platz zwei erreicht haben.

**A.K.:** Wie beurteilen Sie die den Sport immer stärker ergreifende Kommerzialisierung?

**H.L.:** Sie gefällt mir nicht. In einem Verein wie dem unserem steuert sich das auch dadurch, dass unsere Finanzen hoch bezahltem Sport Grenzen setzen. Insofern bin ich mit der 2. Bundesliga bei den Gewichthebern ganz zufrieden. Mehr wäre nur mit sehr viel Geld möglich.

**A.K.:** Bleiben wir beim Geld. Der Bau des AC-Sportpark war nicht ohne Risiken.

**H.L.:** Das kann man so sagen. Wir hatten zwar eigenes Kapital in Höhe von DM zwei Millionen, die Hermann Schütz angespart hatte. Wir benötigten aber einen Kredit von Viereinhalb Millionen. Der Erfolg durch die steigende Nachfrage gab uns recht. Der Verein war und ist finanziell unabhängig. Gelegentlich war der Schlaf nicht ganz so gut.

**A.K.:** Wie gestaltet sich das Verhältnis des Vereins zur Stadt Weinheim und zur Kommunalpolitik?

**H.L.:** Wir sind froh, dass wir unabhängig sind und somit in vielerlei Weise unsere Entscheidungen selbständig treffen können. Der Verein finanziert sich ohne Steuermittel. Für die Unterstützung der Hector-Stiftung beim Anbau 2002/2003 sind wir natürlich sehr dankbar. Und zur Kommunalpolitik: Unsere Mitglieder sind frei, zu tun, was sie wollen. Als Verein halten wir uns heraus.

**A.K.:** Der AC hat sich für seine Größe relativ spät eine hauptberuflich-professionelle Struktur ge-

geben.

**H.L.:** Ich denke, das hat auch damit zu tun, dass ich mit 65 Jahren meinen Sohn als Geschäftsführer meiner Firma eingesetzt habe und seither dem Verein in einer intensiven Ausbauphase mit viel Zeit und als Mann vom Baufach zur Verfügung stehen konnte. Im Jahr 2006 entschieden wir uns für ein 3-Säulenmodell der Professionalisierung: Geschäftsführung, Sportmanagement, Haustechnik. Alles in allem hat der Verein derzeit 20 hauptberuflich Beschäftigte. Übrigens: bei uns werden alle Übungsleiterinnen und Übungsleiter ordentlich honoriert, nicht nur aber auch, weil wir auf die Qualität unseres Angebots großen Wert legen. Und all dies ist nicht nur für den Verein gut: er kann und muss unabhängig von einzelnen Personen bestehen können.

**A.K.:** Als „Weinheimer Phänomen“ bezeichnet ein Artikel in „Sport in BW“ vom Mai 2010 die Tatsache, dass die beiden größten badischen Sportvereine in einer Stadt, in Weinheim nebeneinander bestehen. Gibt es da einen Wettbewerb oder sogar Konkurrenz zwischen den beiden Vereinen?

**H.L.:** In dem Sinn, dass Konkurrenz das Geschäft belebt, ganz sicher. Und ein wenig freut es mich natürlich dass wir mit 8600 Mitgliedern vorne liegen. Wir gehen natürlich ganz sportlich miteinander um: Das war zu Zeiten meines Jahrgangskameraden Hans Hohmann so und ist nicht anders bei Volker Jacob.

**A.K.:** Wie sieht die soziale Zusammensetzung des AC aus?

**H.L.:** Der AC galt bis in die Mitte des vergangenen Jahrhunderts als arbeiterorientiert. Inzwischen kommen unsere Mitglieder aus allen sozialen Schichten; dass dies so geworden ist, darauf habe ich in der Zeit meiner Verantwortung durch die Steuerung unserer Sparten und Angebote sehr geachtet. Dennoch schaue ich bei unserem Golf-Übungsplatz, wie bei allen Bereichen, schon genau auf die Kosten-Nutzen-Bilanz.

**A.K.:** Sie sind seit 18 Jahren 1. Vorsitzender des AC Weinheim. Wie schon gesagt, ehrenamtlich. Was ist der Grund für dieses Engagement?

**H.L.:** Das eine habe ich schon erwähnt: Ich wollte und konnte das, was ich auch schon als Unternehmer

gelernt und erprobt hatte, im und für den Verein anwenden. Und der zweite Grund ist in einem Wort zusammengefasst: Ich empfinde ein große Genugtuung, wenn ich fast täglich in unseren Sportpark komme.

**A.K.:** Treiben Sie selbst noch Sport?

**H.L.:** Zwei Mal in der Woche Fitness-training. Im Vertrauen: Mein Abteilungsleiter Gewichtheben meint, ich sollte einmal für meine Altersklasse antreten. Ich hab zu ihm gesagt: Geh mir fort!

**A.K.:** Herr Lammer, vielen Dank für das Interview!

## Bericht vom Praktikum im Bürgerbüro

**Holger Seeger Praktikant im Heidelberger Büro:**

„So der Idealpraktikant bin ich sicher nicht, Bachelor jetzt im 9. Semester(!), da ich schon Jahre viel für die Partei (4 Jahre Kreisvorstand, x Jahre Vorstand Jusos, 2 Jahre Vorsitzender der Jusos) mache und nebenher noch im IT-Bereich arbeite, kann ich oft dem Studium nicht die Zeit widmen, wie ich sollte. Mit 29 Jahren bin ich somit wahrscheinlich deutlich älter als andere Praktikanten.“

### Aufgaben im Praktikum

Im Rahmen des Praktikums bin ich dauernd dabei und sehe und höre unglaublich viel, was oft unterschätzt wird: Verkehrsberuhigung in der Altstadt, Bürgerbeteiligung, Ausbildungsstandards von Finanzberatern, Neuantritte von Geschäftsführern, es fallen viele Themen in einem Wahlkreis an, um die es sich zu kümmern gilt. Pressemitteilungen schreiben, Treffen protokollieren und vorbereiten, dafür sorgen, dass der Zeitplan eingehalten wird, das sind nur einige der vielfältigen Aufgaben, die mir zu kommen. Hinzu kommt der Kontakt, den ich bei der Arbeit im Büro mit vielen verschiedenen Stellen der Gesellschaft habe - rundum verbringe ich hier eine interessante Zeit.“

